

Thursday, April 26. 2007

Spender wider Willen?

Rund 1000 Menschen sterben jedes Jahr in Deutschland, obwohl sie mit einem Spenderorgan gerettet werden könnten. Tausende weitere warten darauf, dass beispielsweise eine neue Niere ihr Leben zumindest erleichtert. Um dem Mangel abzuwehren, plädiert der Nationale Ethikrat für eine Neuregelung der Organspende. schreibt die sz-online.

Das Problem: bislang muss ein potenzieller Spender ausdrücklich zugestimmt haben dass ihm nach dem Tode Organe entnommen werden dürfen (Organspendeausweis).

Da das Verfahren bei Menschen ohne entsprechende Willenserklärung (der Mehrheit) viel zu aufwändig ist - so müssen ggf. erst die Angehörigen befragt werden und diese eine rechtsverbindliche Entscheidung treffen - schlägt der Ethikrat vor, dass in Zukunft Schweigen, also das Nichtabgeben eines Nichteinverständnisses, automatisch als Zustimmung gewertet werden soll. Mit anderen Worten, wer nicht deutlich zu Lebzeiten sagt (und diese Information auch am Körper trägt) dass er nicht als Organspender zur Verfügung steht, wird von vornherein als Quelle für Organe in Betracht gezogen.

Als ich davon das erste Mal las, war mir schon ein bißchen mulmig, dass so etwas ausgerechnet von einem Ethikrat kommt. Sicher, der Staat nimmt uns immer mehr Freiheiten, wenn ich schon der Rechte an meinen persönlichen Daten beraubt werde und man meint, ungestraft ohne mein Wissen auf meinem Computer meine persönlichsten Geheimnisse ausspähen zu dürfen, dann ist es bis zur Aufgabe der Verfügungsgewalt über den eigenen Körper nicht mehr weit - Tote haben keine Rechte, wie ja auch die unsäglichen Gesetze und Vorschriften über Beerdigungen in Deutschland deutlich zeigen.

Interessanterweise sind sich aber anscheinend die Politiker aller Couleur ausnahmsweise einig - nach einem Bericht des Ärzteblattes "lehnen Politiker aller Parteien die Forderungen des Ethikrates ab".

Die Meinungen von Experten gehen auseinander. Das Ärzteblatt: Der Chef des Klinikärzteverbands Marburger Bund, Frank-Ulrich Montgomery, nannte den Ethikrats-Vorstoß nachvollziehbar, aber politisch aussichtslos. (...)

Der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten, Wolfram-Arnim Candidus, forderte die große Koalition auf, den Vorschlag des Ethikrates umzusetzen. Ethische Bedenken seien für ihn nicht nachvollziehbar. Montgomery äußerte laut Deutschlandradio auch, der Vorschlag entspreche zwar weitgehend dem Willen der Ärzteschaft, dem stehe jedoch das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen entgegen.

Das Interview mit Montgomery und dem stellvertretenden Vorsitzende des Nationalen Ethikrates, Prof. Eckhard Nagel, gibt es bei dradio.de auch zum Nachhören. Interessant finde ich, dass Nagel die Vorschläge des Ethikrates von den Medien unzutreffend wiedergegeben sieht, aber was er ausführt ist dennoch in der Quintessenz: Nichtäußerung ist automatische Zustimmung.

Werten mag das jeder für sich selbst. Ich denke dass einem Staat nicht zusteht, derart in das Leben (oder den Tod) seiner Staatsbürger einzugreifen, auch nicht wenn damit "1.000 Leben gerettet werden könnten". Dem gegenüber stehen zum Beispiel mehr als 100.000 frühzeitige Todesfälle durch Rauchen, die gesundheitliche Schädigung von Kindern durch Passivrauchen (ich möchte täglich junge Mütter schlagen die über dem Kinderwagen ihre Kippe qualmen), 52 Milliarden Euro volkswirtschaftlicher Schaden durch Rauchen (denen Tabaksteuer in Höhe von (2004) rund 16 Mrd. Euro entgegensteht) - wer aktiv für die Volksgesundheit etwas tun will hat durchaus andere Schlachtfelder zur Auswahl.

Ich bin gespannt, wie es weiter geht. Momentan sieht es ja nicht so aus als sei die Politik willig, aber das kann sich erfahrungsgemäß ändern, wenn sich mächtige Lobbyisten davon einen Vorteil versprechen.